

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

71. Sitzung
11. Juni 2026

Beginn: 14.09 Uhr
Schluss: 17.33 Uhr
Vorsitz: Sandra Khalatbari (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Dann kommen wir zu

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vorab wurden schriftliche Fragen zur aktuellen Viertelstunde eingereicht. Diese rufe ich in der Reihenfolge ihres zeitlichen Eingangs auf. Wir beginnen mit der Fraktion Die Linke. – Bitte sehr, Frau Brychcy!

Franziska Brychcy (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich frage den Senat: Der Bezirk Neukölln plant offenbar, Schulen zu schließen, zusammenzulegen oder Schulgebäude abzureißen. Inwiefern ist sichergestellt, dass dringend nötige Schulplätze auch für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf nicht verloren gehen?

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Frau Senatorin Günther-Wünsch, bitte sehr!

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe Lehramtsanwärter! Auch von mir ein herzliches Willkommen! Schön, dass Sie da sind! Und auch liebe Praktikantinnen! Ich glaube, wir können heute nur

von Frauen sprechen. Auch von dieser Stelle ein herzliches Willkommen im Bildungsausschuss!

Sehr geehrte Frau Brychcy! Ich glaube, oder ich gehe davon aus, dass Sie sich auf den BVV-Beschluss vom März diesen Jahres in Neukölln berufen, der ein ganzheitliches Rückbaukonzept der bezirklichen Liegenschaften in Neukölln in Betracht zieht. Da muss man schon einmal ganz klar sagen, dass es dabei nicht ausschließlich, geschweige denn dezidiert, um das Thema Schulbau geht. Trotzdem würde ich Ihnen gern einmal die Situation in Neukölln vielleicht ein wenig konkreter vorstellen.

Der Bezirk Neukölln hält in einigen Schulplanungsregionen mehr Schulplätze vor, als für die Versorgung der Grundschulkinder erforderlich ist. Dieser Trend setzt sich natürlich mit abnehmender Schülerzahl fort. Wir haben momentan die Situation, dass über alle Jahrgänge, von Klasse 1 bis 6, 1 368 Grundschulplätze mehr zur Verfügung stehen als momentan erforderlich sind. Diese Schulplätze konzentrieren sich fast ausschließlich auf den Norden des Bezirks Neukölln. Aufgrund des hohen Anteils von Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache wird aber ein Teil dieser Plätze bereits jetzt genutzt, um die Klassenfrequenzen zu verkleinern. Dort gibt es den Frequenzausgleich. Ich bin sehr froh, dass der Bezirkskollege – darf ich das mal so sagen –, der Abgeordnete aus Neukölln, schon mal nickt. Das heißt also, dass dort ein Teil der Plätze schon genutzt wird, auch wenn es in der Rechnung anders dargestellt wird. Gleichzeitig besteht in diesem Bezirk aber auch der Umstand, dass es mehr – hier steht Einwohner, ich würde trotzdem von Schülerinnen und Schülern sprechen – in der Altersgruppe von 12 bis 16 gibt. Das heißt, wir haben ein Ungleichgewicht, was die Grundschulsituation und die Schulplatzversorgung im weiterführenden Schulbereich betrifft. Uns fehlen im Bezirk Neukölln momentan 1 736 Schulplätze an den weiterführenden Schulen in allen Schulformen – ich habe jetzt nicht die Auflistung dabei –, sodass man dort schon sieht: Wir haben einen Überhang oder einen Überschuss an Grundschulplätzen, aber einen deutlichen Mangel an den weiterführenden Schulen.

Jetzt war Ihre Frage aber, welche Auswirkungen das auf die Entwicklung der Schulplätze für Sonderpädagogik hat. Wir haben keine dezidierte Zahl für den Bezirk Neukölln. Wir haben die Zahlen für den Förderstatus Geistige Entwicklung immer nur berlinweit. Eine bezirks-scharfe Bedarfsprognose erfolgt nicht, da die Beschulung dieser Schülerinnen und Schüler überbezirklich organisiert ist. Trotzdem kann ich für den Bezirk Neukölln sagen, dass die Schilling Schule mit zwei Ergänzungsbauten ausgebaut wurde. Ich kenne die Schilling Schule als langjährige Nachbarschule sehr gut. Bei diesen Typenbauten handelt es sich um sogenannte MEB für GE, also für Geistige Entwicklung. Es sind modulare Ergänzungsbauten, die speziell für diese sonderpädagogischen Förderschulbedarfe entwickelt wurden. Ferner besteht an dieser Schule auch eine bezirkliche Investitionsmaßnahme zur Sanierung des Hauptgebäudes und gegebenenfalls auch der Schwimmhalle. Perspektivisch ist am Haewereweg die Errichtung eines Förderzentrums für Geistige Entwicklung vorgesehen, so zumindest die bezirklichen Planungen und Überlegungen.

Ein Rückbau von Schulplätzen im Bezirk Neukölln ist erst mal nur für Gebäude mit einem sehr schlechten baulichen Zustand geplant, die auch nicht mehr wirtschaftlich saniert werden können. Ich will aber auch ganz klar sagen: Es beschränkt sich Stand jetzt, was auch die Rückmeldung des Bezirkes betrifft, ausschließlich auf sogenannte modulare Unterrichtsräume, auf MUR. Sie alle wissen, dass diese normalerweise eine Standzeit von 10 bis 15 Jahren

hatten, als sie errichtet worden sind. Wir alle wissen aber: In Berlin hält nichts so lange wie ein Provisorium. Deswegen stehen die meisten von ihnen schon deutlich länger. Sie haben aber jetzt eine Bausubstanz erreicht, wo sich eine Sanierung nicht mehr lohnt, sodass der Bezirk dort sowohl aus genehmigungs- als auch sicherheitstechnischen Gründen ganz unterschiedlicher Art an dem einen oder anderen Standort die Entscheidung trifft, sie tatsächlich zurückzubauen. So werden zum Beispiel die MUR an der Schule am Bienwaldring und der Schilling Schule nur noch für eine begrenzte Zeit bauordnungsrechtlich geduldet.

Was die Schulentwicklungsplanung betrifft, kann ich nur sagen, dass seitens der SenBJF momentan keine Aufgabe von ganzen Schulstandorten angedacht oder geplant ist. Vielmehr sollen die bestehenden Schulimmobilien bestmöglich für alle Schulartbedarfe genutzt werden. Deswegen ist der Bezirk an dieser Stelle aufgefordert, einen Schulentwicklungsplan vorzulegen, um zum Beispiel den Überhang in der einen Schulform bestmöglich für die Kompensation des Mangels bei der anderen Schulform nutzen zu können.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Frau Brychcy, bitte sehr!

Franziska Brychcy (LINKE): Vielen Dank! – Dann frage ich nach, ob der Senat im Rahmen seiner gesamtstädtischen Steuerung mit dem Bezirk Neukölln vereinbaren kann, dass zum Beispiel an der Hans-Fallada-Schule oder der Schule am Bienwaldring, die Sie schon genannt haben, erst abgerissen wird, wenn auch ein Ersatzkonzept für die wegfallenden Schulplätze, insbesondere für die Förderschwerpunkte Lernen und GE, vorgelegt wird, denn hier haben wir berlinweit einen enormen Bedarf.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Frau Senatorin, bitte sehr!

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Brychcy! Sie wissen, dass Schulplatzversorgung originär Aufgabe des Schulträgers und damit des Bezirks ist. Sie wissen aber auch, dass wir tatsächlich ein hohes Interesse daran haben, ein zentrales Monitoring aus der SenBJF heraus zu betreiben. Das heißt, wenn Herr Dr. Kühne jetzt hier wäre, hätten wir die nächste halbe Stunde geschafft. Ich kann Ihnen nur so viel sagen, dass wir eine sehr dezidierte Planung haben. Sie schmunzeln, aber alle wissen, was gemeint ist, oder? Ich will damit nur sagen, ich bin an dieser Stelle einfach nicht so gut wie Herr Kühne. Er hätte jetzt alle Zahlen für den Bezirk Neukölln parat. Aber wieder zurück zu einer seriösen Antwort: Selbstverständlich sind wir mit allen zwölf Bezirken in einem Austausch, sodass wir die Schulentwicklungsplanung immer gemeinsam machen, sowohl für die Grundschulen als auch für den weiterführenden Schulbereich als auch für den sonderpädagogischen Schulbereich, wo wir die gesamtstädtische Steuerung haben, das heißt, nicht nur im Bezirk, sondern berlinweit schauen, wie die Schulplatzversorgung ist.

Das machen wir auch mit dem Bezirk Neukölln, und dort vielleicht auch noch ein Stück intensiver, weil Sie gerade von mir gehört haben, wie ambivalent dort die Situation bei der Schulplatzversorgung ist: ein deutlicher Überhang im Grundschulbereich, ein deutlicher Mangel im Sek-I-Bereich. Ich kann Ihnen aber heute hier nicht zusagen, dass ich den Bezirk anweisen kann, Schulen zu präferieren oder zu sagen, dass bestimmte Schulformen und Schulplätze geschaffen werden sollen. Wir werden aber sicherlich beratend und empfehlend an der Seite des Bezirks stehen.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Dann kommen wir zur eingereichten Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Bevor ich Herrn Krüger das Wort erteile, gratulieren wir ganz herzlich Marianne Burkert-Eulitz zum heutigen Geburtstag. – Alles Gute! – Herr Krüger, bitte sehr!

Louis Krüger (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Wir fragen: Wie stellt die Senatsverwaltung im Zusammenhang mit der Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr sicher, dass auch Perspektiven anderer Akteurinnen und Akteure auf Friedenspolitik im Sinne des Auftrags von Schule nach § 1 Schulgesetz und des Beutelsbacher Konsenses in der Schule Berücksichtigung finden?

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Frau Senatorin!

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Krüger, vielen Dank für die Frage! Ich freue mich sehr, noch einmal zu der Kooperationsvereinbarung ausholen zu können, die ich diese Woche Montag gemeinsam mit dem Kommandeur des Landeskommandos Berlin, Herrn Brigadegeneral Busch, unterzeichnet habe. Ich führe auch hier gern noch mal ein wenig dazu aus. Zum einen möchte ich Ihnen ganz klar sagen, dass die Kooperation der Schulen mit den Jugendoffizierinnen und Jugendoffizieren schon seit vielen Jahrzehnten in Berlin geübte Praxis ist. Das ist mitnichten etwas, das wir mit der Kooperationsvereinbarung am Montag eingeführt hätten, sondern Dutzende Schulen im Land Berlin praktizieren das schon seit vielen Jahren. Wer am Montag dabei war, hat auch ganz klar gehört, dass die Nachfrage seitens der Schulen die Möglichkeiten seitens der Bundeswehr, was die Angebotsstruktur betrifft, deutlich übersteigt. Deswegen haben wir jetzt auch gesagt – viele Schulen haben in der Vergangenheit Fragen dazu gehabt –, dass wir diese Kooperationsvereinbarung insofern unterschreiben, dass wir Transparenz herstellen, noch einmal die Ziele deutlich benennen und einen Rahmen schaffen.

Auf der anderen Seite merken wir auch, dass in den Schulen ein sehr starkes Bedürfnis insbesondere seitens der Schülerinnen und Schüler besteht, sich über viele Fragen, die Krisen, Kriege, Konflikte, internationale Konflikte und Krisen betreffen, auseinanderzusetzen, und dass der Wunsch dazu besteht. Genau darum geht es bei der Kooperationsvereinbarung, denn wir sprechen auch immer wieder davon, dass wir Schülerinnen und Schüler bilden wollen, die tatsächlich mündige Bürger sind, die reflektierte Urteile fällen können. Deswegen halte ich es für durchaus geboten, junge Menschen einzuladen, die sich mit diesem Thema intensiv auseinandergesetzt haben. Ich möchte noch einmal ganz klar sagen: Bei den Besuchen der Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere geht es ausschließlich um friedens-, sicherheits- und verteidigungspolitische Fragestellungen, internationale Konflikte, Bündnispolitik, globale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung sowie deutsche, europäische und internationale Sicherheitsinteressen.

Die Angebote, die die Schulen bei den Jugendoffizierinnen und -offizieren in Anspruch nehmen können, reichen von Diskussionen über Seminare und Vorträge bis hin zu Podiumsdiskussionen. Das heißt, die Formate sind ganz unterschiedlicher Art. An der Praxis, wie die Schulen diese Angebote in Anspruch nehmen können, hat sich gar nichts geändert, denn die Schulen müssen, können und sollen nach wie vor auf vollkommen freiwilliger Basis Kontakt zur Bundeswehr aufnehmen und können dort diese Angebote in Anspruch nehmen.

Diese Angebote widersprechen mitnichten dem Beutelsbacher Konsens. Auch das möchte ich einmal deutlich machen. Es wird immer das Überwältigungsverbot sowie das Kontroversitätsgebot eingehalten. Ich möchte auch noch einmal deutlich machen, dass auch, ich sage es mal ganz einfach ausgedrückt, in dem Arbeitsverhältnis der Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere ein Werbeverbot explizit enthalten ist. Das heißt, wenn eine Pädagogin, ein Pädagoge nach so einem Besuch der Bundeswehr melden würde, dass der Jugendoffizier bei diesem Besuch Berufswerbung gemacht hat, hätte der ein ganz deutliches Problem. Gleichzeitig steht es trotzdem auch noch einmal explizit in unserer Kooperationsvereinbarung, dass es ein Werbeverbot der Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere bei uns gibt.

Deswegen, muss ich Ihnen auch ganz ehrlich sagen, verstehe ich diese Debatte gar nicht, die wir gerade eben führen. Wir haben auch in anderen Bereichen Begegnungen mit Zeitzeugen immer als wertvoll empfunden. Ich glaube, wenn junge Menschen, die tatsächlich in diesen Krisenregionen waren, in Schulen über internationale Konflikte, über globale Krisen berichten, und tatsächlich mit der entsprechenden Expertise, dann unterscheidet sich das auch mitnichten davon, wenn andere Zeitzeugen von ihren Erfahrungen in den jeweiligen Krisen berichten.

Gleichzeitig, und das hat Brigadegeneral Busch auch gerade noch einmal sehr deutlich und auf mehrfache Nachfrage immer wiederholt, steht es den Schulen vollkommen frei, zu dem Besuch, zu dem sie die Bundeswehr einladen, alle anderen Akteure einzuladen. Die Bundeswehr verschließt sich dem nicht und hat auch schon an Dutzenden von Schulen genau solche gemischten Veranstaltungen durchgeführt. Die Kollegin der GEW, auch Sie, Herr Krüger – ich habe das am Montag auf der Pressekonferenz ganz deutlich gesagt –, ich lade Sie alle recht herzlich ein. Die Bundeswehr und die Jugendoffiziere haben es am Montag auch getan. Schauen Sie doch einfach mal bei einer solchen Veranstaltung vorbei, und dann können wir uns gern danach noch einmal unterhalten! – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Herr Krüger, bitte sehr!

Louis Krüger (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich bin ein bisschen irritiert über diesen Zeitzeuginnen- und Zeitzeugenvergleich. Tatsächlich haben Sie auch meine Frage nicht beantwortet, inwiefern die Senatsverwaltung sicherstellt, dass auch andere Perspektiven dort Berücksichtigung finden. Sie haben sehr lange über die Bundeswehr ausgeführt und eigentlich nichts zu anderen Akteuren gesagt.

Die Frage, die ich aber eigentlich stellen will, haben Sie schon angetippt, die Frage des Werbeverbots. Dazu wäre meine Frage: Wie stellen Sie das denn sicher? Können Sie garantieren, dass es dort zu keiner Werbung kommt? Finden da auch Hospitationen seitens der Senatsverwaltung oder von anderen statt, um tatsächlich zu garantieren, dass dort keine Werbung für die Bundeswehr stattfindet?

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Frau Senatorin, bitte sehr!

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Herr Krüger! Jetzt bin ich ein wenig irritiert. Es ist ein Angebot, das sich an Schülerinnen und Schüler der 9. und 10. Klasse richtet. Wir alle haben in diesem Par-

lament darüber entschieden, dass wir ein Wahlalter ab 16 einrichten. Ich bin zutiefst davon überzeugt, Herr Krüger, dass das die richtige Entscheidung war. Wir gehen also in der Annahme vor, dass wir in diesem Herbst alle Sechzehnjährigen in dieser Stadt zur Wahlurne schicken, und wir trauen ihnen zu, dass sie eine fundierte Wahlentscheidung treffen. Sie aber trauen denselben Schülern nicht zu, dass sie sich nicht beeinflussen lassen können von der Bundeswehr.

Das Zweite ist – Ich bin noch nicht fertig, Herr Krüger. Ich darf ja, glaube ich, auch ausreden, wenn ich antworte. Das Zweite ist, dass wir wahnsinnig viele Kooperationspartner in den Schulen haben. Keinen einzigen davon kontrolliere ich. Dennoch ist die Bundeswehr die Einzige, die tatsächlich einen übergeordneten Dienstherrn hat. Ich habe Ihnen gerade gesagt, wenn es da die Meldung eines Pädagogen oder einer Pädagogin gäbe, dass die Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere die einzigen dieser Kooperationspartner wären, wo es tatsächlich eine übergeordnete Kontrollinstanz und Konsequenzen gibt, wenn diese Menschen in der Schule, in der Arbeit mit Schülerinnen und Schülern – das ist ja immer wieder Ihre Frage – gegen den Beutelsbacher Konsens verstoßen würden. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie bei manch anderen Partnern in dieser Stadt auch diese kritische Haltung hätten, denn da haben wir in der Schule auch schon die eine oder andere Erfahrung gemacht, dass der Beutelsbacher Konsens nicht eingehalten worden ist, dass nicht jeder, der in Schule tätig geworden ist, sich mit beiden Füßen auf dieser freiheitlich-demokratischen Grundordnung befunden hat. Ich tue mich wirklich schwer damit, dass Ihre Kritik eine Einbahnstraße ist.

Mein letzter Punkt, Herr Krüger, warum ich der festen Überzeugung bin, dass das funktioniert: Bei all diesen Formaten und Veranstaltungen, die, wie ich wahrnehme, Sie sehr kritisch sehen, sind immer Pädagoginnen und Pädagogen im Raum, und ich – da hinten sitzen zukünftige Pädagoginnen und Pädagogen – habe ein hohes Vertrauen in die Lehrkräfte an unseren Schulen und dass sie tatsächlich stets im Blick behalten, wer mit ihren Schülern wie arbeitet und worüber spricht. Dasselbe gilt dann auch im Zusammenhang mit Angeboten der Bundeswehr. Noch mal: Gleichzeitig haben die Schulen, und das hat schon dutzendfach stattgefunden, diese Angebote der Bundeswehr sehr wohl zum selben Zeitpunkt im selben Format mit anderen Trägern und erweiterten Angeboten verbunden, sodass das nie nur allein stattgefunden hat. Ich habe also ein hohes Vertrauen in unsere pädagogischen Fachkräfte, in unsere jungen Menschen, die diese Angebote mit 15 und 16 Jahren wahrnehmen, und in unsere Bundeswehr, in unsere Jugendoffiziere. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Jetzt wäre die Möglichkeit, weil wir keine weiteren eingereichten Fragen haben, noch mündliche und spontane Fragen aus aktuellem Anlass zu stellen. – Ich sehe eine Wortmeldung. – Herr Bocian, bitte sehr!

Lars Bocian (CDU): Ich frage noch einmal zum Thema Beutelsbacher Konsens an Schulen, wie die Senatsverwaltung es sieht, wenn einzelne Abgeordnete einzelner Parteien an Schulen gehen, ohne dass andere Abgeordnete vertreten sind, und dann im Austausch mit den Schülern dort agieren können. Herr Krüger erinnert sich vielleicht noch: im Rahmen eines Trägers „Besser lernen“. Wie sieht die Senatsverwaltung solche Besuche?

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Frau Senatorin Günther-Wünsch, bitte sehr! – [Zuruf von Louis Krüger (GRÜNE)] – Jetzt hat die Frau Senatorin das Wort, und ich bitte wirklich um die Einhaltung der Rederegeln. – Bitte sehr, Frau Senatorin!

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Zum einen höre ich jetzt zum ersten Mal davon, dass einzelne Abgeordnete an Schulen gehen. Ich glaube, das kann vielleicht Herr Krüger beantworten, in welcher Rolle er da war – als einzelner Abgeordneter, als Tätiger für den freien Träger? Ich weiß nicht, ob Herr Krüger eine Nebentätigkeit hat, neben seiner Abgeordnetentätigkeit, und in welcher – – – [Louis Krüger (GRÜNE): Was sind denn das für Unterstellungen?] – Ich habe eine Frage gestellt. – [Zuruf von Louis Krüger (GRÜNE)] – Ich habe nur gesagt – – Also Herr Krüger, jetzt lassen Sie mich bitte ganz kurz antworten!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Bitte ausreden lassen! – [Zuruf von Louis Krüger (GRÜNE)] – Dennoch bitte ausreden lassen! Es macht keinen Sinn, hier in ein bilaterales Gespräch einzusteigen. Das ist einfach schwierig, weil man dann auch der Diskussion beziehungsweise Beantwortung nicht mehr folgen kann. Also jetzt Frau Senatorin, und dann kann es natürlich auch entsprechende Wortmeldungen geben. – Bitte sehr, Frau Senatorin!

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Grundsätzlich gibt es keinen Grund, warum einzelne Abgeordnete vor einer Klasse stehen. In der Regel, und das ist tatsächlich auch das Gebot des Beutelsbacher Konsenses, laden Schulen immer breit ein, denn das Ziel ist immer die Mehrperspektivigkeit für unsere Schülerinnen und Schüler, gerade im politischen Raum, sodass, glaube ich, diese Frage am besten von Herrn Krüger beantwortet werden kann. Ansonsten sehe ich überhaupt keinen Grund, warum einzelne Abgeordnete vor Klassen sprechen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Ich gehe davon aus, dass Herr Krüger jetzt eine persönliche Stellungnahme abgeben möchte. – Bitte sehr!

Louis Krüger (GRÜNE): Genau. Zuerst möchte ich – –

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Ich sage noch, es haben sich zwei weitere Abgeordnete gemeldet, aber da es Herrn Krüger betraf, lasse ich jetzt als Erstes – – Die SPD hat natürlich noch eine spontane Frage offen, aber jetzt ist erst mal Herr Krüger an der Reihe. – Bitte sehr!

Louis Krüger (GRÜNE): Genau, und zwar hatte ich mich gemeldet, denn natürlich kann die Senatorin ausführen, ich war nur sehr irritiert über diese vollkommen haltlose Suggestion, ich hätte irgendwie eine Nebentätigkeit, das so in den Raum zu stellen. Das tue ich in anderen Kontexten auch nicht, und Sie stellen das auch nicht bei anderen Abgeordneten ohne Grund einfach so in den Raum. Deswegen verbitte ich mir das.

Das andere ist, dass ich mich schon wundere, in welcher Lebensrealität sowohl Herr Bocian als auch die Bildungssenatorin leben, da natürlich auch Besuche von Abgeordneten in Schulen, aber auch von Schulklassen hier im Abgeordnetenhaus stattfinden. Ich bin gespannt, Herr Bocian, ob Sie noch nie allein an einer Schule oder noch nie mit einer Schulklasse allein hier im Abgeordnetenhaus waren. Wenn das nicht passiert ist, würde mich das sehr wundern. Zudem hat die Senatorin ausgeführt, dass es auch möglich ist, darüber hinaus Kontroversität darzustellen, dass es für die Lehrkräfte auch möglich ist, andere Positionen darzustellen. Ich zumindest begreife es so, wenn ich mit jungen Menschen zu tun habe, dass ich meine Position darstelle, aber dass ich sie immer auch als kontrovers darstelle und mitkommuniziere, dass es

andere Parteien gibt, die andere Positionen zu diesem Thema haben können, und es natürlich auch legitim ist, diese Parteien zu wählen, einzuladen und so weiter.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Wir haben eine direkte Nachfrage von Herrn Bocian. – Bitte sehr!

Lars Bocian (CDU): Nur meine zweite Nachfrage. Kurz erklärt: Ich war noch nie allein an einer Schule vor einer Klasse. Wenn das hier im Abgeordnetenhaus ist, kommen die Klassen hierher. Das ist etwas anderes. Meine Nachfrage ist: Wo können sich denn Schüler beschweren, wenn Abgeordnete die Schüler darauf hinweisen, wo man Mitgliedsanträge der Partei findet, und die das nicht so lustig fanden? Wohin können sich denn Schüler wenden, wenn sie das übergriffig finden? – [Zurufe] –

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Frau Senatorin, bitte sehr! – Ich bitte wirklich – Ich kann das nachvollziehen, aber wir können uns nicht gegenseitig zuhören, geschweige denn verstehen, wenn wir jetzt alle durcheinander reden. – [Zuruf von Regina Kittler (LINKE)] – Auch Frau Kittler, bitte! Es geht doch jetzt darum, dass Fragen gestellt worden sind, Antworten gegeben werden und wir nicht zuhören können, wenn alle durcheinander reden wie in einer Klasse – wo wir jetzt gerade schon bei dem Thema Schule sind. – Bitte! – Darf ich jetzt um Ruhe bitten?

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Schülerinnen und Schüler können sich grundsätzlich entlang der Eskalationsstufen zunächst bei ihrem Klassenlehrer/Vertrauenslehrer, dann bei der Schulleitung, dann bei der Schulaufsicht und in letzter Instanz auch gern in der Bildungsverwaltung beschweren. Gleichzeitig haben wir noch eine unabhängige Beschwerdestelle, bei der man sich auch beschweren kann, wenn man das Gefühl hat, dass man in der Schule kein Gehör findet. Das ist das Qualitäts- und Beschwerdemanagement, das QBM an der Bildungsverwaltung. Wenn man da das Gefühl hat, dass es in der Schule Vorkommnisse gab, die die Schule nicht aufarbeitet, dann kann ich nur darauf verweisen, weil das dann, wie gesagt, außerhalb der Schule und der Schulaufsicht ist, dass man sich an diesen Stellen beschweren kann.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Dann kommen die spontanen mündlichen Fragen. – Okay, aber erst war noch direkt dazu Herr Tabor. – Bitte sehr!

Tommy Tabor (AfD): Nicht direkt dazu, sondern meine eigene Frage.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Dann wäre die formale Reihenfolge Frau Dr. Lasić oder Herr Hopp. Sie haben sich beide gemeldet. – Okay, Frau Dr. Lasić, bitte sehr!

Dr. Maja Lasić (SPD): Ich würde anfangen, und die Nachfrage könnte Herr Hopp übernehmen. – Ich will es nur grundsätzlich verstehen. Wir haben die Debatte gerade damit eingeleitet, dass wir uns über die Besuche der Bundeswehr und der Einhaltung des Beutelsbacher Konsenses unterhalten haben. Der Fokus lag darauf, dass der begleitende Pädagoge sehr glaubwürdig einen Rahmen bietet, in dem eine differenzierte Betrachtung möglich ist. Meine Frage ist, warum nicht dieselbe Logik auch bei Besuchen von Abgeordneten gilt. Was findet bei Besuchen von irgendwelchen Jugendoffizieren anders statt, was eine bessere Einhaltung des Beutelsbacher Konsenses gewährleistet, als wenn in vergleichbarer Art und Weise die

ordinär gewählten demokratischen Vertreter da sind und hundertprozentig dazu beitragen, dass es zu demokratischer Bildung an Schule kommt? Ich bekenne mich an dieser Stelle: Ich bin regelmäßig an Schulen.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Frau Senatorin Günter-Wünsch, bitte sehr!

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Selbstverständlich, Frau Lasić, teile ich Ihre Ansicht, dass Pädagoginnen und Pädagogen das in dieser Professionalität grundsätzlich gewährleisten können. Das liegt in der Verantwortung von Schule. Trotzdem möchte ich gern zwei Fragen zurückgeben: Haben Sie dieselbe Haltung auch, wenn Herr Tabor vor der Klasse steht? Das Zweite ist: Wir befinden uns in Wahlen. Wir haben jetzt als Abgeordnete und Fraktionen schon nicht die Möglichkeit, in Schulen Veranstaltungen durchzuführen, und da gilt noch mal ein weiteres Gebot der Sensibilität, sodass ich das insbesondere im Vorfeld von Wahlen tatsächlich kritischer sehe als Sie, Frau Lasić.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Herr Hopp, bitte sehr!

Marcel Hopp (SPD): Ich muss sagen, bei aller Kollegialität, liebe CDU-Fraktion, damit tun wir uns alle hier keinen Gefallen, ihr als allerletzte. Wenn man der Logik der Senatorin folgen würde, dann würde das für Klassen, die uns im Abgeordnetenhaus besuchen, ebenso gelten. Ich sage mal, am 3. November 2022 haben Sie zwei 9. Klassen der Ballettschule hier empfangen, und das kurz vor der Wahl. Was sagen Sie denn dazu?

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Frau Senatorin Günther-Wünsch, bitte sehr!

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Wir befinden uns hier im Abgeordnetenhaus, das das Herz der Demokratie ist. Das heißt, wenn man hier im Abgeordnetenhaus ist, bekommt man eine Führung durch den Besucherdienst des Abgeordnetenhauses. Man bekommt quasi alle Regelabläufe, alle Institutionen, alle Bereiche erklärt. Das heißt, wenn eine Klasse den Besuch im Abgeordnetenhaus bucht – – – [Zurufe] –

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Also ganz ehrlich, ich habe es gerade mehrmals sehr deutlich gesagt: Wir haben hier eine Redemöglichkeit, und es sollten auch alle die Möglichkeit haben, ordentlich zuzuhören, was der eine oder andere sagt. Ich bitte jetzt wirklich darum, der Senatorin, die das Wort hat, zuzuhören. – Bitte sehr, Frau Senatorin!

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich hoffe sehr – es sind ja jetzt alle Pädagogen, die dazwischenreden –, dass Sie Ihren Schülerinnen und Schülern eine andere Debattenkultur beibringen. – Dann möchte ich darauf hinweisen, dass die Anfragen der Schulklassen tatsächlich auch über den Besucherdienst kommen. Die Fraktionen werden also regelmäßig angefragt, ob sie als Abgeordnete den Schulklassen dann noch für eine halbe Stunde Rede und Antwort stehen. Ich kann mich nicht daran erinnern, Klassen der Ballettschule eingeladen zu haben, aber ich würde es auch nicht bestreiten, weil ich jetzt tatsächlich nicht meinen Kalender der letzten drei Jahre kenne. Ich kann mich aber umgekehrt an viele Anfragen an unsere Fraktion erinnern, bei denen wir gebeten worden sind, für ein Gespräch mit einer Schulklasse zur Verfügung zu stehen. Da hat dann die Schul-

klasse übrigens nicht die CDU-Abgeordnete oder den CDU-Abgeordneten gebucht, sondern die Schulklasse hat einen Besuch im Abgeordnetenhaus gebucht und bekommt im Anschluss ein Gespräch mit einem Abgeordneten. Da wird über den Besucherdienst angefragt. Das sind tatsächlich vollkommen unterschiedliche Vorgehensweisen.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Dann ist Herr Tabor als Nächstes dran, oder wechseln Sie sich ab mit Herrn Weiß? Einigen Sie sich. – Herr Tabor, bitte sehr!

Tommy Tabor (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Im Vorfeld der Kultusministerkonferenz – KMK – warnte der Deutsche Philologenverband vor einer Entwertung des Abiturs. Auch die Bundesdirektorenkonferenz Gymnasien verlangte Maßnahmen gegen die Noteninflation. Zum einen wurde die Möglichkeit kritisiert, ein Nichtbestehen in den Fächern Deutsch oder Mathematik auszugleichen. Der zweite Kritikpunkt betrifft die Bewertung, dass Schüler nicht mit 50 Prozent, sondern bereits mit 45 Prozent der erreichbaren Leistung das Abitur bestehen können. Inwieweit teilt der Senat diese Kritik? Setzt sich der Senat in der KMK diesbezüglich für Änderungen und ein Ende der Noteninflation ein?

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Frau Senatorin, bitte sehr!

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Tabor! Das ist natürlich auch immer ein wenig vereinfacht und heruntergebrochen. Ich kann im Land Berlin keine Noteninflation erkennen. Was ich aber erkenne, und ich glaube, das habe ich hier in den letzten drei Jahren deutlich zum Ausdruck gebracht, ist tatsächlich, dass wir eine Debatte darüber führen müssen, wie wir die Qualität an unseren Schulen noch weiter verbessern, wie wir dafür sorgen, dass noch mehr unserer Schülerinnen und Schüler tatsächlich nicht nur die Basiskompetenzen erwerben, sondern starke Übergänge haben, und noch mehr Schüler entsprechend ihren eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten Schulabschlüsse erwerben. Darin sehe ich meine oberste Aufgabe: tatsächlich die Schulen so zu stärken und auszustatten, dass uns das deutlich besser gelingt, als es uns in der Vergangenheit gelungen ist. Damit haben die Berliner Schulen schon genügend Aufgaben.

Gleichzeitig können Sie davon ausgehen, dass wir die Debatte auf Bundesebene intensiv führen. Ich musste nur gerade ein wenig schmunzeln, weil je nachdem, welches Thema wir auf der Tagesordnung haben, springen die Fraktionäre und die Fachpolitiker ein wenig hin und her. Das suggeriert ein wenig, dass wir beim Abitur sehr großzügig sind. Ich erinnere mich an die Debatte zu Beginn des Jahres, als die Förderprognosen anstanden. Da war ich diejenige, die den Zugang zum Abitur und den Übergang zum Gymnasium verengt und zu schwer gestaltet. Da ist immer ein wenig ein Hin und Her. Ich kann nur sagen, dass wir im Land Berlin, und dazu stehe ich weiterhin, was die Übergangsprognosen der Sechstklässler an die weiterführenden Schulen betrifft, die höchsten Übergangsquoten an das Gymnasium haben. Das kann man vielleicht kritisch hinterfragen. Schauen wir nach Hamburg, haben wir deutlich 10 Prozent weniger Übergangsprognosen. Schauen Sie nach Niedersachsen, Sachsen-Anhalt sind Sie bei 38 Prozent. Bei uns sind es 53 Prozent im 6. Jahrgang. Da kann man schon mal nachfragen, ob das tatsächlich so ist und so zielführend ist, denn wenn wir dann wiederum schauen, wie die Schülerinnen und Schüler die Schule verlassen haben, bestätigen die Übergangsprognosen nicht die Abschlusszahlen. Das kann ich zumindest so sagen. Das würde dann allerdings dafür sprechen, Herr Tabor, dass wir in Berlin keine Noteninflation haben,

sondern auf dem Weg zum Abitur die Schulabschlüsse wahrscheinlich dann doch anhand der erworbenen Kompetenzen vergeben.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Eine Nachfrage, Herr Tabor, bitte sehr!

Tommy Tabor (AfD): Vielen Dank für die Ausführungen, Frau Senatorin! Ich kann mich auch noch erinnern, dass wir tatsächlich begrüßt haben, dass die Barrieren oder die Zugangsvoraussetzungen ans Gymnasium anspruchsvoller werden. Davon mal abgesehen: Mit Sicherheit kann man das mit der Noteninflation unterschiedlich sehen, aber laut Statistik gibt es in Berlin so viele Einser-Abiture wie noch nie. Dennoch beklagen sich Ausbildungsbetriebe, dass die Ausbildungsreife nicht gegeben ist, und die Professoren an den Universitäten beklagen, dass die Studierfähigkeit nicht gegeben ist und man noch Nachhilfeunterricht geben muss. Das hat doch letztendlich auch etwas mit der offensichtlich leichtfertigen Vergabe von Noten zu tun. Dementsprechend sehe ich die Anstrengungen der Senatsverwaltung durchaus positiv, das Ganze etwas besser hinzubekommen. Wie kann man denn aber davon ausgehen, dass in Zukunft Noten nur noch so vergeben werden, dass sie auch wirklich der eigentlichen Leistung entsprechen?

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Frau Senatorin, bitte sehr!

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Herr Tabor! Ich glaube, im Grundschulbereich sind wir inzwischen schon so weit, dass wir tatsächlich zumindest in den Kernkompetenzen Standards eingeführt haben. Sie erinnern sich daran, dass wir die Vergleichsarbeiten eingeführt haben. Wir sind dabei, diese zunächst in den Bezirken zu vereinheitlichen und in den kommenden Jahren dann auch berlinweit dafür zu sorgen, dass wir dort Standards haben.

Wenn wir auf die Schulabschlüsse schauen, haben wir Standards. Im Abitur haben wir auch bundesweite Standards. Wir haben inzwischen in allen Fächern den Zustand, dass wir unter anderem aus Poolaufgaben auswählen. Es ist nicht so, dass Berlin da irgendwie, ich formuliere es bewusst ein wenig plump, in seiner eigenen Suppe schwimmt, sondern es ist schon so, dass wir tatsächlich auch Aufgaben haben, die genau so in anderen Bundesländern zur Prüfung stehen und die auch Schülerinnen und Schüler in den 15 anderen Bundesländern absolvieren müssen, sodass ich Ihnen zumindest vielleicht die Befürchtung oder die Unterstellung ein Stück weit nehmen kann, dass wir es unseren Berliner Schülerinnen und Schülern besonders leicht machen. Das ist mitnichten der Fall, sondern wir halten uns natürlich an die bundesweiten Standards, die in allen Bundesländern vorhanden sein müssen, um ein Abitur zu erwerben, denn das ist das, was die KMK immer angestrebt hat: dass wir eine Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse herstellen.

Sicherlich ist das, was Sie gerade angesprochen haben, auch auf KMK-Ebene ein Thema. Was aus den Schulleitungsverbänden zurückgespiegelt wird, nämlich dass man das Gefühl hat, dass gewisse Standards abgesenkt werden, als auch, was aus potenziellen Arbeitgeberkreisen zurückgespiegelt wird, dass sowohl die Ausbildungsfähigkeit als auch die Studierfähigkeit der Schulabgänger in den jeweiligen Jahrgängen abgenommen hat, ist ein Thema unter den Fachministern und Fachsenatoren. Das ist aber nichts, was man einfach und im Vorbeigehen beantwortet, sondern da muss man sicherlich auch auf die Ursachen schauen.

Ich bleibe da ganz klar bei meiner These, dass wir auch einen Fokus auf die frühkindliche Bildung richten müssen, denn wenn wir tatsächlich erreichen wollen, dass wir allen Schülerinnen und Schülern bestmögliche Voraussetzungen für ihren schulischen Weg bieten, dann müssen wir auch die Voraussetzung dafür schaffen, dass sie überhaupt starten können. Sie wissen, dass wir dafür in Berlin in den letzten Jahren die entsprechenden Weichen gestellt haben, dass solche Maßnahmen aber auch bestimmt fünf bis sieben Jahre benötigen, ehe sie tatsächlich deutlich Ihre Wirksamkeit zeigen können. Wir sehen das am Beispiel von Hamburg. Darauf setze ich zumindest für das Bundesland Berlin. Wir sehen auch in anderen Bundesländern, wenn Sie in den Südwesten schauen, dass es jetzt Bestrebungen gibt, im frühkindlichen Bereich nachzusteuern, weil auch die Wissenschaft ganz klar sagt, dass darauf der Fokus liegen muss, während dann im schulischen Bereich natürlich immer, und das sagt uns auch die Bildungswissenschaft, der Fokus auf den Basiskompetenzen liegt. Darauf legt die KMK den Fokus, dazu gibt es entsprechende Maßnahmen, nicht nur die Qualitätsstrategie in Berlin, die ab dem kommenden Schuljahr von Klasse 1 bis 10 in Kraft tritt und anfangen soll, sondern auch in anderen Bundesländern, die ähnliche Maßnahmen ergreifen: die Erkenntnis, dass es genau diesen Fokus braucht, aber auch die rote Linie zwischen den einzelnen Bildungsphasen, um in den kommenden Jahren dafür zu sorgen, dass die Abschlüsse wieder gestärkt werden.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Ich erkläre dann die Aktuelle Viertelstunde für abgeschlossen. Wir kommen zu 1 b, Bericht aus der Senatsverwaltung. – [Zuruf von Thorsten Weiß (AfD-Fraktion)] – Beantragen, ja. Das können wir natürlich nicht durch die Wortmeldung sehen, dass etwas beantragt werden soll. – Herr Weiß, bitte sehr!

Thorsten Weiß (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich beantrage Wortprotokoll zu diesem Tagesordnungspunkt 1.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Gibt es Widersprüche? Gibt es Zustimmungen? Gibt es entsprechend Wortmeldungen dazu? – Anscheinend gibt es noch kurz Gesprächsbedarf dazu. – Herr Bocian, bitte sehr!

Lars Bocian (CDU): Ich finde es unnötig. Man kann sich auch immer und ewig das Video anschauen und abrufen. Das macht dem Ausschussbüro Arbeit. Grundsätzlich dagegen spricht nichts, aber das muss nicht sein. Ich weiß nicht, wozu.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Hier ist der Antrag gestellt worden, das Wortprotokoll zu erstellen. Wir können abstimmen oder einvernehmlich das Wortprotokoll zulassen. – Dann lasse ich diesen Antrag jetzt abstimmen. Wer abstimmen möchte, das Wortprotokoll zuzulassen – Okay, es ist eine Irritation da, dass auch, wenn ich frage, ob es Einvernehmen gibt, es keine Reaktion gibt. Deshalb kam ich jetzt zur Abstimmung. Wenn ich das jetzt so interpretiere, dass sich niemand meldet, dass es einvernehmlich ist, dann wird dem Antrag stattgegeben. – Gut, dann haben wir das jetzt auch geklärt.

b) Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Wahl des stellvertretenden Schriftführers

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/3105

**Drittes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes und
weiterer Rechtsvorschriften**

[0428](#)
BildJugFam

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 28.05.2026

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/3235

**Gesetz zur Weiterentwicklung der Berliner Kinder-
und Jugendhilfe**

[0433](#)
BildJugFam

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 28.05.2026

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Personalbedarf, Prognoseverfahren und
Ausbildungssituation bei Erzieher*innen und
Sozialarbeiter*innen in allen Einsatzbereichen**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)

[0160](#)
BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Zu diesem Punkt führen wir eine Anhörung durch. Ich gehe davon aus, dass die Anforderung eines Wortprotokolls gewünscht ist. – Wenn das der Fall ist, dann verfahren wir so.

Dann darf ich nun die Anzuhörenden begrüßen. Diese sind Frau Jasmina Brück, Leitung Vorstandsbereich Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin, GEW Berlin – herzlich willkommen! –, Frau Prof. Dr. Gabriele Schlimper, Präsidentin und Professorin für Sozialpolitik und soziale Unternehmungen, Hochschule für Soziale Arbeit und Pädagogik, HSAP – herzlich willkommen! – und, digital zugeschaltet, begrüßen wir Herrn Prof. Dr. Thomas Rauschenbach, wissenschaftlicher Leiter des Forschungsverbundes Deutsches Jugendinstitut der TU Dortmund und ebenfalls wissenschaftlicher Leiter der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik an der TU Dortmund, sowie Frau Dr. Stephanie Thiehoff, wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektkoordinatorin im Bereich Vorausberechnung im Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut der TU Dortmund. – Auch Ihnen digital ein herzliches Willkommen!

Dann kommen wir nun zur Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 5 durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen oder die Linksfraktion. – Das machen anscheinend beide. Gut, dann starten wir mit Frau Burkert-Eulitz, und dann Frau Kittler. – Bitte sehr, Frau Burkert-Eulitz!

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE): Vielen Dank! – Welche Fachkräfte wir in Zukunft brauchen, wir haben es vorhin schon beim Thema Lehrkräfte diskutiert, ob man es hin- und her rechnet, wer fehlt, wer ausgebildet ist, wer voll ausgebildet ist – – Natürlich gehören auch Lehrkräfte als Pädagoginnen und Pädagogen zu dem Thema. Ich hätte mir gewünscht, dass der Teil Schule der Senatsverwaltung auch anwesend wäre, weil nicht wenige Fachkräfte, Erzieherinnen und Erzieher, Sozialpädagoginnen und -pädagogen in der Schulsozialarbeit, aber eben auch im Ganztag da sind. Deswegen wäre es wichtig gewesen, dass sie vielleicht hier zugehört hätten und die Bedarfe und entsprechende Ausführungen hätten mithören können.

Wir haben einen großen Fachkräftebedarf. Auch bei sinkenden Kinderzahlen ist die Gruppe der Personen, die in Pension gehen, größer als die der Fachkräfte, die nachwachsen. Es gibt seit einigen Jahren sehr innovative Möglichkeiten, Fachkräfte zu gewinnen: durch Quereinstieg, Seiteneinstieg und andere duale, praxisbezogene Studiengänge. Wie Sie einschätzen, wie hoch die Bedarfe sind, aber auch, welche innovativen Wege der Fachkräftegewinnung es geben kann, dazu würden wir gern Ihre fachliche Expertise hören, um auch in Zukunft entsprechende politische Weichenstellungen vornehmen zu können.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Frau Kittler, bitte sehr!

Regina Kittler (LINKE): Vielen Dank! – Wir haben den Besprechungspunkt und die Anhörung zu Personalbedarf, Prognoseverfahren und Ausbildungssituation bei Erzieherinnen und Erziehern und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern hier als Thema eingereicht. Vielen Dank, dass wir das heute noch besprechen! – Vielen Dank auch für Ihre Geduld, dass Sie so lange ausgehalten haben! Dann wissen Sie gleich mal, was hier so los ist.

Ich möchte sagen, dass wir insbesondere den deutlichen Mangel in dem Bereich der Erzieherinnen und Erzieher und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sehen, und zwar sowohl im Kita- als auch im Schulbereich, und deshalb meinen, wir müssen uns hierzu wirklich beraten, insbesondere den deutlichen Mangel an qualifizierten, ausgebildeten Fachkräften.

Wir sehen außerdem eine deutliche Entwicklung, was durch den Demografiebericht auch deutlich wurde, dass wir weniger Kinder haben, dass es eine große Unsicherheit gibt, gerade im Kitabereich bei den Trägern, die sagen: Wir wissen nicht, wie es weitergeht. – Ich glaube, da muss man Abhilfe schaffen. Wir wissen, dass der Krankenstand bei den Erzieherinnen und Erziehern im Kitabereich doppelt so hoch ist wie in allen anderen Berufsbereichen in unserer Stadt. Wir wissen auch, dass die Belastung für die Kolleginnen und Kollegen in den Schulen sehr hoch ist, wenn man weiß, dass manchmal Erzieherinnen und Erzieher 60 Kinder beaufsichtigen müssen. Das kann keine qualifizierte Arbeit in dem Sinne mehr sein. Deshalb müssen wir uns mit diesem Thema jetzt beschäftigen. Ich bin sehr gespannt, was die Anzuhörenden dazu und natürlich auch zu den anderen Punkten zu sagen haben.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank! – Gibt es eine einleitende Stellungnahme des Senats? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir nun zu der Anhörung. Wir beginnen mit Frau Brück. – Ich darf Sie bitten, jetzt mit Ihren Ausführungen zu beginnen. Bitte sehr, Frau Brück!

Jasmina Brück (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin – GEW Berlin –; Leitung Vorstandsbereich Kinder-, Jugendhilfe, Sozialarbeit) Vielen Dank! – Sehr geehrte Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Vielen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, heute angehört zu werden! Mein Name ist Jasmina Brück. Ich bin koordinierende Erzieherin, im Moment bin ich aber voll freigestellt für den Hauptpersonalrat, und ich bin auch ein bisschen im örtlichen Personalrat tätig. Außerdem bin ich ehrenamtliche Leitung des Vorstandsbereiches Kinder-, Jugend- und Sozialarbeit in der GEW Berlin. Deswegen bin ich auch hier: Ich darf heute etwas für die gewerkschaftliche Perspektive auf das Thema sensibilisieren. Sie sehen also, ich kenne den Alltag vor Ort ebenso wie die strukturellen Probleme. Da ich Ihnen meinen vollständigen Text schon zur Verfügung gestellt habe, weil das den Fünfminutenrahmen für die Anhörung ein bisschen sprengen würde, möchte ich heute nur auf zwei Schwerpunkte eingehen, und zwar auf die Fachkräftesituation an Kitas und im Ganztage und auf die Ausbildungssituation von Erzieherinnen und Erziehern.

In unseren Kitas und Schulen verwalten wir eigentlich nur noch den Mangel. Der Grund ist ein schwerer Konstruktionsfehler im System: Unumgängliche Ausfallzeiten für Urlaub, Fortbildung oder Krankheit werden unzureichend einberechnet. Ich kann hier das Beispiel der Zumessungsrichtlinien für den Ganztage einbringen. Da bin ich schon seit Jahren dran. Auch die Position der GEW dazu ist vielleicht bekannt. Da werden von vornherein für Erzieherinnen und Erzieher 41 Tage für Abwesenheitszeiten einkalkuliert. Das heißt, 30 Tage sind schon mal für Urlaub weg, dann bleiben nur noch elf Tage für Fortbildung und für Krankheit übrig. Das reicht nicht. Das ist also schon von vornherein eine Fehlkalkulation, was wir immer wieder angemahnt haben. Das System hat keinerlei Puffer. Das heißt, fällt jemand aus, brennt die Hütte. In den Kitas führt diese Schreibtischkalkulation dazu, dass eine Fachkraft im Gruppendienst oft komplett allein für mehr als 20 Kinder verantwortlich ist, und, das wurde hier gerade schon gesagt, im Ganztage erreichen wir sogar Spitzen von bis zu 60 Kindern, die eine Fachkraft zu betreuen hat. Das sind keine Einzelfälle mehr. Die Berichte, die wir von den Kolleginnen und Kollegen vor Ort erhalten, sind erschreckend.

Unter solchen Bedingungen kann von pädagogischer Förderung oder Beziehungsarbeit keine Rede mehr sein. Der Beruf reduziert sich im harten Alltag auf reine Aufsichtspflicht und Krisenmanagement. Es geht nur noch darum, die Kinder irgendwie heil durch den Alltag zu brin-

gen. Deswegen fordern wir, die GEW, einen gesetzlich verankerten Personalschlüssel, also eine verbindliche Relation im U3-Bereich von 1 : 3, einen Schlüssel für Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt von 1 : 8 und eine verlässliche Relation in der Ganztagsbetreuung von 1 : 15. Außerdem kommt hinzu, dass die Einstellungsverfahren für Erzieherinnen und Erzieher – ich spreche hier vom öffentlichen Dienst, denn ich komme aus dem öffentlichen Dienst und kenne mich da gut aus – viel zu lange dauern. Der Fehler wird momentan ein bisschen in den Beschäftigtenvertretungen und den Mitbestimmungsrechten von 14 Tagen gesucht. Es sind aber strukturelle Probleme in der Verwaltung, in den Behörden, die zu oft zu langen Einstellungsverfahren führen und zu motivierten Erzieherinnen und Erziehern, die zum Beispiel gern an einer Schule anfangen würden und dann bei freien Trägern oder in anderen Bundesländern landen.

Zur Ausbildungssituation: Die Erzieherinnen- und Erzieherausbildung befindet sich in einem problematischen Strukturwandel. Was eigentlich als Vollzeitausbildung gedacht war, wird momentan meistens in der berufsbegleitenden Ausbildung absolviert. Dieser Übergang wurde vom Senat unseres Erachtens nach jedoch eher flickschusterhaft organisiert. Fachschule und Praxis stellen oft völlig unterschiedliche, konkurrierende Ansprüche an die Auszubildenden. Ich kann hier ein Beispiel von einer Auszubildenden nennen, die ich in meinem Team hatte, eine Mutter: Sie sollte dann zwei Blockwochen für ihre schulische Ausbildung haben, hat aber einen Angestelltenvertrag bei uns in der Einrichtung. Weder Urlaub war möglich noch sie irgendwie freizustellen. Das hat uns wirklich alle vor ziemlich große Probleme und Herausforderungen gestellt. Man kann nicht einer Mutter zumuten, die ganze Zeit nachzuarbeiten, weil sie ihren schulischen Verpflichtungen nachgehen möchte. Das treibt die angehenden Fachkräfte in einen massiven Spagat, wie ich gerade schon erwähnt hatte. Was hier dringend fehlt, ist ein abgestimmtes Ausbildungskonzept und verlässliche Zeitbudgets für die Praxisanleitung.

Gleichzeitig erleben wir durch die massive Neugründung freier Fachschulen, was uns in den letzten Jahren wirklich – Sie haben viele Fachkräfte ausgebildet, was sehr gut ist. Im Moment ist es aber so, dass die Schulen aggressiv um jeden Studierenden buhlen, um ihre staatliche Finanzierung zu sichern. Unter Studierenden spricht sich schnell herum, an welchen Schulen ein Abschluss besonders leicht und mit dem geringsten Widerstand zu erwerben ist. Einige freie Schulen tun alles, um Studierende um jeden Preis zu halten, selbst wenn die pädagogische Eignung oder Leistung dagegen spricht. Dann fehlt es natürlich auch an zeitlichen Ressourcen für die staatliche Fachaufsicht, vor allen Dingen an personellen Ressourcen. Das kann nicht mehr kontrolliert werden. Darunter leidet das System, und die Qualität der pädagogischen Professionalität in Berlin geht hier nachhaltig verloren. Ich kann also nur appellieren, dort zu investieren und zu schauen, wie man das verändern kann, wie man die Schulen hier finanziell unterstützen kann und wie man Qualitätsstandards einführen kann. – Das sind unsere Forderungen der GEW Berlin, ganz kurz dargestellt. Ich hoffe, Sie konnten einen guten Einblick gewinnen, und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank! – Dann machen wir weiter mit Frau Prof. Schlimper. – Bitte sehr!

Dr. Gabriele Schlimper (Hochschule für Soziale Arbeit und Pädagogik – HSAP –, Präsidentin und Professorin für Sozialpolitik und soziale Unternehmungen): Auch von meiner Seite noch einmal herzlichen Dank für die Möglichkeit, hier kurz etwas zu sagen! Ich fasse mich

auch kurz und beziehe mich mehr auf das, was ich heute hier gehört habe. Es ging um die Demografie. Was ich gehört habe, ist demografischer Wandel und demografische Entwicklung. Das wird meines Erachtens nur in eine Richtung diskutiert, nämlich nur in die Richtung: Wir haben mehr Erzieherinnen und Erzieher als Kinder in Kitas. Die andere Richtung ist aber, dass natürlich auch viele Erzieherinnen und Erzieher und sozialpädagogisches Personal jetzt in die Rente geht, also abwandert. Ich kann aufgrund meiner Erfahrung sagen, und ich war ja schon drei Tage vorher mal in einem Wohlfahrtsverband tätig, dass das immer zyklisch ist. Wir wissen heute nicht, wie viele Kinder in fünf oder sieben Jahren geboren werden. Wenn heute Erzieher oder Fachkräfte abgebaut werden, wie auch immer, oder es wird zugelassen, dass sie in andere Systeme abwandern, wird es im Laufe der Zeit irgendwann wieder die Situation geben, dass sie fehlen. Dann reden wir wieder zehn Jahre lang über den Kitaplatzmangel, um das dann wieder zu kompensieren. Schauen wir doch also gemeinsam, dass wir die Situation der Erzieherinnen und Erzieher verbessern, die jetzt vermeintlich weniger Kinder in der Betreuung haben, und selbst, wenn Sie gar keine Möglichkeit haben, dann den Weg, wie er hier schon gegangen wird, in den Ganztags zu gehen. Bitte stecken Sie aber auch nicht einfach Erzieherinnen und Erzieher von einem Arbeitsfeld ins andere, sondern wir bitten um die entsprechende Qualifikation und darum zu prüfen, wie man das ansetzt. Das werden Sie sicherlich auch tun.

Wir bieten, und das ist meine Rolle heute hier, in unserer kleinen, aber feinen Hochschule einen Masterstudiengang Schulsozialarbeit an. Erzieherinnen und Erzieher mit diesem Bachelor Professional haben nach fünf Jahren Berufserfahrung die Zugangsberechtigung, um sich entsprechend zu qualifizieren. Das ist das eine. Das Zweite ist die Grundqualifikation. Es mangelt in diesem Bundesland und übrigens bundesweit eklatant an ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern für die Erzieherausbildung. Es gibt ganze Bundesländer, die schauen nur nach Berlin. Die haben mittlerweile in der großen Erzieherfachschule in Trägerschaft nur noch eine einzige primär ausgebildete Lehrerin für die Erzieherausbildung, und die ist längst in Rente. Sie macht diesen Job noch. Alles andere sind Quereinsteigende. Wenn wir die Qualifikation in dem Bereich hochhalten wollen, müssen wir auch schauen, wie wir denn Erzieherinnen und Erzieher zukünftig ausbilden wollen. Das muss in der nächsten Legislatur dringend, auch von Ihnen, angegangen werden. Das ist mein Appell.

Wir haben hier diesen Ansatz mit der sogenannten 11. Klasse. Wir haben es heute gehört. In der Tat ist es spät, in der 11. Klasse anzufangen, denn wir alle wissen – entweder erinnern wir uns noch selbst daran, oder spätestens unsere Kinder erinnern uns daran, wie groß die Bereitschaft ist, sich von Erwachsenen etwas sagen zu lassen, wenn man in der Pubertät ist. Das ist etwas, das nicht zwingend in einem Selbstverständlichkeitsmodus passiert. Deswegen sollten wir frühzeitig anfangen. Der Ansatz der frühkindlichen Bildung ist richtig, dort gut qualifiziertes Personal hineinzusetzen. Lehrendenmangel oder Erziehendenmangel kann man auch durch Quereinsteiger kompensieren, die überhaupt sehr gut qualifiziert sind und eine andere Motivation haben. Wir haben neben den Bachelorstudiengängen auch einen Masterstudiengang Inklusive Bildung. Das ermöglicht Quereinsteigenden hinterher, ganz offiziell mit Anerkennung in diesem Land ins Referendariat einzusteigen.

Jetzt noch mal ganz kurz etwas zu Gymnasien und Elitebildung: Wir müssen uns darüber Gedanken machen, was wir im Zeitalter von KI unter Elite verstehen. Elite ist bestimmt nicht jemand, der mir ganz klar die Vektorrechnung oder vektorielle Beweislage eines Kreises liefert, sondern für uns muss unbedingt klar sein, dass Elite in der heutigen Zeit etwas mit sozia-

ler, mentaler Kompetenz, Empathie und Solidaritätsempfinden zu tun hat, denn das ist etwas, das uns kein Roboter irgendwann mal liefern kann. Alles andere werden wir nachschauen können. Insofern finde ich, dass es auch Gymnasien gut zu Gesicht steht, wenn Gymnasias-tinnen und Gymnasiasten durch eine Mischung in den Klassen gemeinsam lernen, was es heißt, miteinander und füreinander Stärkere und Schwächere ziehen zu lassen und gemeinsam mitzudenken. Was ist denn Studierfähigkeit am Ende? Was heißt das denn in Ausbildungsfä-higkeit? – Meine fünf Minuten sind schon rum. – Wir müssen uns anschauen, was das für unsere Gesellschaft bedeutet. Welche Art von Menschen wollen wir zukünftig hier gemein-sam ausbilden? Ich habe unglaublich viele Ideen, die wir hier noch einbringen können. Gern dann ein anderes Mal und dann auch noch mal intensiver.

Also: Fachkräftemangel ist selbstgemacht. Dafür können wir etwas tun. Erziehermangel: Bitte nicht Erzieherinnen und Erzieher loslassen in andere Arbeitsfelder! Irgendwann werden sie hier wieder fehlen. Gemeinsam schauen, wie wir sie sehr gut qualifizieren können und unter-wegs sein können! Wie gesagt, es gibt Masterstudiengänge, es gibt Entlastung, alles gut und schön, aber wir müssen uns darüber Gedanken machen, welche Fachkräfte wir wo ganz genau brauchen und welche Qualifizierung wo ganz genau nötig ist. Quereinsteig stärken, Erzieher stabilisieren und vor allen Dingen die Erzieherinnen und Erzieher auch bei zurückgehenden Kinderzahlen bitte im System behalten und nicht, wie es schon ein paar Mal passiert ist, in die Entspannung schicken oder irgendwo anders hinlaufen lassen! Die Fehler haben wir als Ge-sellschaft im großen Feld der Pflege vor 15, 20 Jahren gemacht. Davon erholt sich das gesam-te Gesundheitssystem nicht mehr. Die gleichen Fehler sollten wir hier im pädagogischen Be-reich bitte nicht wiederholen. – Danke!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank! – Dann kommen wir nun zu Herrn Prof. Rauschenbach und Frau Dr. Thiehoff, die uns digital zugeschaltet sind. – Sie haben das Wort. Sie teilen sich das auf, und wir sehen auch schon, die Präsentation wurde gestartet. Sie können loslegen. Bitte!

Dr. Stephanie Thiehoff (Projekt „Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik“, AKJStat, Forschungsverbund TU Dortmund/Deutsches Jugendinstitut e. V.) [zugeschaltet]: Vorab: Wir wussten bis vor 48 Stunden noch nicht, dass wir hier etwas präsentieren und eine Stellung-nahme abgeben würden und kennen auch nur den Titel des Tagesordnungspunkts. Wir haben dementsprechend empirische Daten dafür aufbereitet, um sie Ihnen zur Verfügung zu stellen. Wie schon erwähnt arbeiten wir im Bereich Vorausberechnung von Platz- und Personalbedarf in der Kindertagesbetreuung und im schulischen Ganzttag.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Einmal kurz zu Themen, die wir gerade schon gehört haben, wie die Geburtenentwicklung seit den Neunzigern: Da sehen wir den starken Geburteneinbruch, den man eigentlich überall, auch in den ostdeutschen Bundesländern, gesehen hat, auch in Berlin, obwohl hier tatsächlich nicht ganz so stark wie in anderen. Dann ähnelt der Verlauf tatsächlich eher westdeutschen Bundesländern. Man hat hier 2021 noch einmal höhere Geburtenzahlen gehabt, davor schon leicht geringere. Seitdem sinken die Geburten in Berlin. Wie gesagt, in anderen ostdeutschen Bundesländern hat das schon vorher eingesetzt. Ähnlich wie hier sieht es auch in den anderen Stadtstaaten Deutschlands und in Westdeutschland aus, sodass wir zuletzt, das sind die ge-

geschätzten Zahlen für 2025, ungefähr 33 000 Geburten hatten. Wie man sieht, waren es 2021 doch ungefähr 6 000 Geburten mehr.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Was wir uns auch anschauen, sind die Bevölkerungsvorausberechnungen. Hier haben wir die 16. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes einmal für Sie, für Berlin, aufbereitet. Wohl wissend, dass die Zukunft ungewiss ist, nutzen wir hier immer zwei Szenarien, um einen Korridor zu bilden und dann wiederum zu sagen, dass die Wahrscheinlichkeit relativ groß ist, dass die tatsächlichen Zahlen innerhalb dieses Korridors liegen. Wie man sieht, hat man in den kommenden Jahren erst einmal einen weiteren Rückgang der Kinderzahlen im U3-Bereich und Ü3-Bereich. U3 sind hier die orangenen Zahlen. Da sieht man allerdings auch, dass der Rückgang, wie schon gerade bei den Geburten gesehen, schon deutlich länger anhält, und zwar im Prinzip seit 2019, noch einmal mit einem kleinen Hoch während der Coronazeiten. Je nach Szenario sieht man, dass sich die Zahlen etwa ab 2027 stabilisieren könnten oder vielleicht sogar auch wieder ansteigen, wenn die Geburten ansteigen, oder, wenn sie noch etwas weiter sinken, allerdings im Verlauf bis 2035 auch um bis zu 10 Prozent sinken können.

Zeitlich versetzt sieht man im Prinzip genau das Gleiche bei den Dreijährigen bis zum Schuleintritt der Kinder. Wo der Rückgang erst später eingesetzt hat – im Prinzip überall, wo sich diese beiden Linien überlappen –, sind das tatsächlich Kinder, die schon geboren wurden. Anhand des Iststandes 2024 kann man davon ausgehen, dass bis 2030 die Zahlen relativ gewiss sind, oder zumindest bis 2029, weil diese Kinder zum Großteil schon existieren. Ab da, wo die Kinder in Zukunft erst noch geboren werden müssen, sieht man, dass das ungewisser wird, sodass man im Jahr 2035 ungefähr 10 bis 17 Prozent weniger Kinder haben könnte.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Was wir auch machen, ist, dass wir das wiederum in den Platzbedarf in der Kindertagesbetreuung umrechnen. Hier gehen zum einen die Geburtenzahlen ein, zum anderen aber auch die elterlichen Bedarfe. Diese stammen aus der Kinderbetreuungsstudie des Deutschen Jugendinstitutes. Hier wird davon ausgegangen, dass sie konstant hoch bleiben. Was hier auch eingerechnet wird, ist der Personal-Kind-Schlüssel. Auch dieser wird also konstant gehalten. Das heißt, wenn im Prinzip das Personal, das für eine bestimmte Anzahl von Kindern zur Verfügung steht, gleich gehalten wird und keine Verbesserungsmaßnahmen im System durchgeführt werden, zum Beispiel im Bereich des Personals, dann würde es so aussehen, dass wir in den kommenden Jahren für Kinder unter drei Jahren immer noch einen Platzbedarf haben. Dieser bleibt relativ konstant im Bereich von plus 6 bis plus 18 Prozent. Diese Werte sind immer im Vergleich zu 2025 zu sehen. Wir sehen allerdings auch, dass im Bereich der Kinder von drei Jahren bis zum Schuleintritt die Platzbedarfe zurückgehen. Das liegt an dem, was wir gerade schon gesehen haben, dass hier natürlich der Rückgang der Kinderzahlen erst in den kommenden Jahren deutlich größer sein wird. Wenn man sich jetzt vorstellt, man verrechnet das in etwa, wobei natürlich unter Dreijährige einen höheren Personalbedarf haben, also ungefähr von 2 : 1, könnte man bei solchen hypothetischen Berechnungen zu einer Erfüllung der Platzbedarfe ungefähr ab 2028/29 kommen; wie gesagt vorausgesetzt, man nimmt keine personellen Verbesserungen im System der Kita vor.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wie sieht das bei den Auszubildenden aus? – Hier sehen wir einmal von dem Schuljahr 2018/2019 zum Schuljahr 2024/2025 die Zahlen der Anfängerinnen und Anfänger sowie der Absolventen. 2021/2022 gab es noch ein Hoch an Anfängerinnen und Anfängern. Das ist hier dieser grüne Balken, ein bisschen heller als die anderen, mit knapp 4 000 Anfängerinnen und Anfängern in der Erzieherausbildung. Das sind im Prinzip die Absolventen, die wir 2023/2024 beobachtet haben. Was wir allerdings seitdem sehen, ist, dass die Anfängerinnen und Anfänger im Bereich der Erzieherausbildung konstant zurückgehen. Das heißt, hier sieht man im Prinzip auch, dass die erste Sparlinie, wenn die Kinderzahlen zurückgehen, die Auszubildenden sind, weil bei einer Finanzierung, die kindbezogen ist, natürlich kein neues Personal, auch nicht in Ausbildung, eingestellt wird. Das heißt aber auch, dass wir bei diesen 25 Prozent weniger Anfängerinnen und Anfänger, die wir jetzt über die Jahre sehen, auch davon ausgehen können, dass wir bei den Absolventen ab dem Jahr 2024/2025 auch sukzessive über die nächsten Jahre immer weniger Personen haben, die in das Kita-feld oder auch in andere Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe einmünden können. – Das wäre es so weit von uns.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank, Frau Dr. Thiehoff! – Dann steigen wir in die Beratung ein. Wir haben eine Redeliste; wie gesagt, mit Blick auf die Zeit, wir haben jetzt noch ein paar Minuten. Deshalb starten wir jetzt mit Herrn Simon und schauen, wie weit wir kommen. – Bitte sehr!

Roman Simon (CDU): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich darf mich zunächst im Namen der CDU-Fraktion ganz herzlich bei den beiden Anwesenden und auch bei den beiden Zugeschalteten dafür bedanken, dass Sie sich die Zeit nehmen und da sind. Dann möchte ich, weil ein Wortprotokoll erstellt wird und dort Zwischenrufe nicht gut nachvollziehbar sind, kurz Bezug nehmen auf die Kollegin Burkert-Eulitz, die dem Senat vorgeworfen hat, dass der Schulbereich des Senats nicht anwesend wäre, und möchte feststellen, dass natürlich Frau Staatssekretärin Henke für den Schulbereich anwesend ist, der Senat also sehr wohl anwesend ist und diese Aussage falsch war.

Ich stelle außerdem fest, dass zumindest Frau Schlimper von der Stoßrichtung her gesagt hat, dass das, was das Land Berlin mit der Änderung des Kindertagesstättenförderungsgesetzes im letzten Dezember gemacht hat, etwas Positives sei. So habe ich sie wahrgenommen. Wir haben über das Hineingeben von deutlich mehr Personal in zwei Schritten in diesem Jahr ungefähr 2 400 Vollzeitäquivalente für die Kleinsten in den Kindergärten gesichert.

Nun habe ich an Frau Thiehoff und auch an die anderen Anzuhörenden die Frage: Frau Thiehoff ist davon ausgegangen, dass die elterlichen Bedarfe stabil bleiben. Politisches Ziel in Berlin ist aber, ganz deutlich formuliert, dass wir das tolle Angebot an Kindergartenplätzen und auch in der Kindertagespflege mehr Familien schmackhaft machen und mehr Kinder in unser tolles System holen wollen, weil wir glauben, dass frühkindliche Bildung etwas sehr Gutes ist, das in Berlin sehr gut gelebt wird. Deshalb die Frage: Wie schätzen Sie das ein? Halten Sie das für relevant für die Personalbedarfsplanung, also natürlich immer in Bezug auf den Personalbedarf? Welche Rolle spielen Ausbildungsabbrüche und Berufswechsel bei der Berechnung des tatsächlichen Personalbedarfs?

Eine weitere Frage: Wie beurteilen Sie die Qualität der berufsbegleitenden Erzieherausbildung? – Frau Schlimper, ich hatte Sie so wahrgenommen, dass Sie Quereinsteiger nicht nur positiv sehen, jedenfalls in Bezug auf das Lehrpersonal, das Sie haben. Sehen Sie denn in Bezug auf die Situation in den Einsatzbereichen für die Erzieherinnen und Erzieher dann Quereinsteiger eventuell etwas anders, und können diese durchaus auch einen relevanten Beitrag leisten? Wie sehen das die anderen Anzuhörenden? – Danke schön!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Frau Kittler!

Regina Kittler (LINKE): Ich habe ganz viele Fragen an den Senat, aber vielleicht können wir die in der nächsten Sitzung stellen. Das wäre auch eine Variante, denn das werden wir jetzt wohl nicht mehr schaffen, damit wir die Anzuhörenden wenigstens noch hören können. Deshalb an Sie erst mal die Frage, Frau Brück, mit welchen Ausfallquoten für Krankheit, Fortbildung und Urlaub Sie denn die von Ihnen geforderten Personalschlüssel kalkulieren. Können Sie etwas zur Dauer von Einstellungsverfahren im Land Berlin sagen? Die fehlenden Ressourcen für die staatliche Fachaufsicht: Können Sie das bitte mal ein bisschen genauer sagen?

An Frau Prof. Schlimper hätte ich die Frage: Sie haben sehr richtig gesagt, dass sich das auch wieder ändern wird und dass Leute wieder Kinder kriegen. Dafür müssen wir sehr wahrscheinlich erst einmal die gesellschaftlichen Bedingungen schaffen. Was meinen Sie denn, was helfen würde, um die Menschen wieder dazu zu bringen, mehr Kinder zu bekommen? Dann haben Sie gesagt, auszubildendes Personal für Erzieherinnen und Erzieher sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter fehlt. Welche Vorschläge haben Sie, um das zu ändern? Diese Frage möchte ich selbstverständlich auch dem Senat stellen: Was werden Sie denn tun, um Ausbilderinnen und Ausbilder entsprechend bereitzustellen? Frau Prof. Schlimper, können Sie und auch die Anzuhörenden, die wir hier zugeschaltet haben, Ursachen für den Rückgang der Absolventinnen und Absolventen benennen?

Ich nenne schon mal die Fragen an den Senat, auch wenn wir dazu heute sicherlich nicht mehr kommen: Welche konkreten Pläne verfolgen Sie denn, um den Personalschlüssel weiter abzusenken? Gibt es welche für die über Dreijährigen im Kitabereich? Wie handhaben Sie denn Einstellungsverfahren? – Die anderen Fragen würde ich einfach in der nächsten Sitzung an den Senat stellen wollen und würde jetzt schon beantragen, das wir den Punkt bitte fortsetzen.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Das wäre jetzt mit Blick auf die Uhrzeit – 17.27 Uhr – genau der richtige Zeitpunkt, denn wenn der Antrag kommt, dass wir etwas fortsetzen, und zwar in zwei Wochen, setzt das voraus, dass auch die Anzuhörenden dann wieder Zeit haben. Wir reden über Donnerstag, den 25. Juni 2026. Mit Blick auf das, was wir vorhin vereinbart haben, um 17.30 Uhr zu schließen und dann fortzusetzen, damit eine Anhörung nicht nur ein Vortragen von Erfahrungswerten ist, sondern auch die Möglichkeit eines direkten Austausches und einer Beratung bietet, ist die Frage, ob das für Sie überhaupt möglich ist. Ich fange mal mit Frau Brück an. Wäre es für Sie möglich, in zwei Wochen am Donnerstag wieder dabei zu sein?

Ich würde dann auch gleich sagen – wir starten immer mit TOP 1 und schauen mal, wie der Bericht des Senates ist –, dass wir dann aber sofort in die Anhörung starten, damit es nicht wieder zu zeitlichen Verzögerungen kommt, und auch mit Blick auf den Tagesordnungspunkt 6, der heute vertagt worden ist, dass wir diesen dann auch mit auf die nächste Tages-

ordnung nehmen könnten. – Jetzt frage ich aber erst einmal Frau Brück, ob das bei Ihnen möglich wäre.

Jasmina Brück (GEW Berlin): Ja, das kann ich einrichten. Ich hätte dann aber die Bitte, dass uns die Fragen zugesandt werden, denn bis dahin ist das wahrscheinlich alles wieder raus.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Frau Prof. Schlimper?

Dr. Gabriele Schlimper (HSAP): Noch mal ganz kurze Korrektur: Ich bin unbedingt für alle Quereinsteigenden. Sie bringen Qualifikationen mit, die alle anderen sich nur akademisch erobern können. Das wollte ich noch mal richtigstellen. Wenn es nur Quereinsteiger gibt und die Primärausbildung fehlt, dann mache ich daran ein Fragezeichen. Das vielleicht noch kurz zur Richtigstellung. – Ansonsten würde ich es einrichten, und ich würde mich riesig freuen, wenn wir das nächste Mal nicht Tagesordnungspunkt 5 sind. Das wäre super. – Danke schön!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Ich frage jetzt noch kurz die Vertreterinnen und Vertreter der TU Dortmund. Herr Prof. Dr. Thomas Rauschenbach und Frau Dr. Stephanie Thiehoff, wäre es auch Ihnen am 25. Juni 2026 möglich?

Dr. Stephanie Thiehoff (TU Dortmund): Ich könnte es durchaus einrichten, Herr Prof. Rauschenbach leider nicht. Gegebenenfalls könnte ich schauen, ob wir dann in anderer Personal-konstellation teilnehmen oder ob nur ich teilnehme.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank! – Dann haben wir erst einmal die Grundvoraussetzungen. – Herr Kollege Hopp, bitte sehr!

Marcel Hopp (SPD): Vielen Dank! – Ich würde beantragen, dass wir die nächste Ausschußsitzung als Tagesordnungspunkt 1 mit der Fortsetzung der Anhörung starten. Dann ist es im Sinne der Planbarkeit vielleicht ein bisschen einfacher, und auch der Stellenwert wird damit deutlicher.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Ich höre hier keinen Widerspruch. Damit es nicht noch einmal ähnlich abläuft, wie es heute stattgefunden hat, würden wir wirklich mit der Fortsetzung dieser Beratung um 14 Uhr starten. – Ich habe gerade schon gesagt, weil wir eh schon fortgeschritten sind, dass wir vielleicht keine Sprecherinnen- und Sprecherrunde machen, sondern jetzt vereinbaren, dass wir hier in zwei Wochen mit Tagesordnungspunkt 1 fortsetzen, den vertagten Tagesordnungspunkt 6 auch aufnehmen, dass das schon mal klar ist, und wir dann – ich sehe Ihre Wortmeldung, Herr Tabor – aber auch noch mal die Möglichkeit haben, weil wir jetzt hier die Anhörung mit den Anzuhörenden schon vereinbart haben, dass wir am Rande des Plenums nächste Woche noch einmal zusammenkommen, um gegebenenfalls die Tagesordnung – ohne eine weitere Anhörung, das möchte ich jetzt schon mal sagen – gegebenenfalls ergänzen können. – Jetzt Herr Tabor und dann Frau Kittler!

Tommy Tabor (AfD): Nur zum Werdegang für die Anhörung bei der Fortsetzung: Sollen wir die Fragen, die wir uns jetzt aufgeschrieben haben, erst einmal im Vorfeld an Sie geben, und Sie leiten das dann an die Anzuhörenden weiter, sodass sie sie erst einmal nur beantworten, und daraus ergeben sich dann Folgefragen, oder stellt jeder seine Fragen in zwei Wochen, und dann wird erst geantwortet?

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Das kann im Vorfeld eingereicht werden. – Frau Kittler!

Regina Kittler (LINKE): Damit erübrigt sich meine Frage.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Dann würde ich vorschlagen, weil ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, dass wir diesen Punkt 5, wie wir gerade vereinbart haben, auf die nächste Tagesordnung am 25. Juni 2026 unter TOP 1 vertagen. – Dann danke ich an dieser Stelle erst einmal für heute den Anzuhörenden für ihre Teilnahme an der Sitzung. Wir werden uns dann in zwei Wochen auf jeden Fall noch einmal wiedersehen.

Punkt 6 der Tagesordnung

- | | | |
|----|---|---|
| a) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Projekt effiziente Sozialausgabensteuerung: Wie der defizitären HzE-Finanzierung begegnen?
(auf Antrag der Fraktion Die Linke) | 0333
BildJugFam |
| b) | Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/3181
Fachlichkeit vor Sparpolitik: Keine Leistungskürzungen bei Jugend- und Eingliederungshilfe für Kinder, Jugendliche und Menschen mit Behinderungen | 0431
BildJugFam(f)
ArbSoz |
| c) | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/3183
Widerstand organisieren – Drastische Kürzungspläne der Bundesregierung gefährden Leistungen für Menschen mit Behinderungen, Kinder und Familien | 0432
BildJugFam(f)
ArbSoz |

Vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.